

LESEROBMANN

Doch nur ein Baby

REINHARD OLDEWEME

TELEFON: 0371 656-65666 (10-12 Uhr)
TELEFAX: 0371 656-17041
E-MAIL: leser-obmann@freiepresse.de

Eine Dreiviertelstunde lang von 6.10 bis 6.55 Uhr lese ich morgens die „Freie Presse“, das ist für mich ein Ritual, davon kann mich so gut wie nichts abhalten. Zeitung und Tee (Earl Grey mit Milch) – so beginnt für mich der Tag. Dazu dieses Bekenntnis: Mein Kopf ist dabei irgendwie aber immer schon im Büro. Woran ich das merke? Seit Jahren hat sich in meinen Gehirnwindingen eine Vielzahl von mit empfindlichen Sensoren versehenen Antennen eingerichtet, die sich mit einem Signal melden: Achtung, bei diesem Thema geht es um etwas von der Art, dass Leser gar nicht anders können, als mich anzurufen, um mit mir darüber zu reden. Der vergangene Donnerstag war in diesem Sinne ein bewegender Tag.

Prinz Harry und Herzogin Meghan haben ein Baby bekommen. Ein Foto auf der Titelseite und eine Reportage auf der Seite Zeitgeschehen über den Besuch von Charles und Camilla in Deutschland ließen mich ahnen: Mit der Monarchie haben viele nichts am Hut, solche Leser werden sich melden. Und so war es: „Wen interessiert das?“, fragte eine Anruferin und meinte: „Eine kurze Meldung hätte gereicht.“ Ein Mann sagte: „Yellow Press – haben Sie das nötig?“ Mein Argument ließen sie nicht gelten: „Das weltweite Echo darauf ist aber ein fulminantes.“

Auf der Seite Sachsen war an diesem Tag der Artikel „Mehr Geld für Abgeordnete ab August“ zu lesen. Die Wörter „Diäten“ und „Erhöhung“ ließen meine Alarmsirenen schrillen; zu Recht, wie sich herausstellte, denn sechs Leser haben sich deswegen bei mir gemeldet. Einer meinte: „Fast 6000 Euro dafür, dass sie ab und zu mal die Hand heben, ich fasse es nicht.“ Wenn sie es hören wollten, habe ich mit den Anrufern darüber gesprochen und versucht zu erklären, was die Aufgaben von Landtagsabgeordneten sind und wofür sie bezahlt werden. Ich bin auch auf Verständnis gestoßen, dieses Argument habe ich aber auch gehört: „Sie müssen doch nicht jedes Mal so groß darüber berichten, das sorgt doch nur für Neid.“

Auf der Seite Kommentar & Hintergrund an diesem Tag ging es in dem Bericht „Iran verliert die Geduld: 60-Tage-Frist für Vertragspartner“ und im Leitartikel „Gefährliche Eskalation“ auch darum, dass die Gefahr einer militärischen Eskalation im Nahen und Mittleren Osten größer geworden ist und die Angst vor einem Krieg eine begründete ist. Was mich an diesem Morgen ins Grübeln brachte: Die Karikatur mit den Präsidenten der USA und des Iran auf einer Wippe, die versuchen das Gleichgewicht zu halten. „Hier knallt es vielleicht bald, und Tomicek macht sich darüber lustig, dafür habe ich kein Verständnis“, meinte eine Leserin. „Mir ist das Lachen vergangen, als ich die Zeichnung sah“, sagte ein anderer Anrufer.

Meine frühmorgendlichen Sensoren sind keine besonderen, schon gar keine Eigenschaft, die mich in irgendeiner Weise von Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, unterscheidet. Eher das Gegenteil ist der Fall: Ich freue mich, dass wir ähnlich „ticken“ und über alles reden können, wenn Sie mich anrufen.

HINWEIS

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe sinnwahrer zu bearbeiten. Leserbriefe geben stets die Meinung ihres Verfassers und nicht die der Redaktion wieder. E-Mails müssen die vollständige Adresse enthalten. Anonyme Zuschriften werden grundsätzlich nicht veröffentlicht.

Von Kriegsgetöse distanzieren

Unter dem Druck der USA und anderer Nato-Mitglieder muss sich Deutschland positionieren, wenn es um die künftigen Ausgaben für Militär und Rüstung geht. Dazu haben uns diese Leserbriefe erreicht.

Deutlich distanzieren

Ausgerechnet am 8. Mai, dem Tag des Kriegsendes vor 74 Jahren – ich sage es lieber mit den Worten des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker in seiner Rede am 8. Mai 1985: dem Tag der Befreiung – sehe ich martialische Bilder vom Aufmarsch der US-Streitkräfte im Nahen Osten. Wem wird bei diesen Bildern nicht angst? Es ist in der Tat zum Fürchten, dass „Hardliner“ im Weißen Haus das Sagen haben. Wer vermag sich vorzustellen, welches Leid Menschen angedroht wird, bis hin zur Vernichtung von Leib, Leben und Gütern? Es müsste einen Aufschrei geben bei uns allen gegen diesen offenkundigen Wahnsinn. Uns Alten, die wir 1945 noch aus den Trümmern haben kriechen können, wird kalt angesichts dieser Bilder. Ich kann nur hoffen, dass die Bundesregierung sich klar und deutlicher als bisher von diesem Kriegsgetöse distanziert und alles unternimmt, um den Frieden zu erhalten. *Karl-Heinz Kleve, Chemnitz*

Kosten eher stark reduzieren

Die von den westlichen Staaten geschürte Angsthasen-Politik, besonders vertreten von den USA, dem Generalsekretär der Nato und unserer Verteidigungsministerin, hat die Mehrheit der ehemaligen Ostblockstaaten der Nato in die Arme getrieben. Der Osten war ja schon immer der Feind des Westens, angefangen beim Zarenreich, beim stalinistischen Russland und jetzt schließlich beim Russland Putins. Ich frage mich aber, warum sind nicht alle Russland nahestehenden Staaten

Ost und West endlich angleichen

Zum Bericht „Mehr Geld für Abgeordnete ab August“:

Dass sich das Plus der Abgeordnetendiäten innerhalb der tariflichen Entwicklung bewegt und dass laut DGB-Chef Schlimbach daran nichts auszusetzen ist, dürfte bei der Mehrheit der Bevölkerung wie Hohn klingen. Der Knackpunkt liegt beim Begriff „tarifliche Entwicklung“. Sachsen ist nach wie vor Billiglohnland, von einer Tarifbindung haben nur 39 Prozent etwas, Schlusslicht aller Bundesländer. Wenn Ministerpräsident Kretschmer im Zuge des Strukturwandels in der Lausitz Betriebe nach dem Satz „Hier gibt es Menschen die sich auch über eine 40-Stunden-Woche freuen“ anlocken will, spiegelt das die jahrelange Wirtschaftspolitik wider, Arbeiten bis zum Umfallen für wenig Geld. Mit dem Ergebnis, nach 40 und mehr Arbeitsjahren mit einer minimalen Rente auskommen zu müssen. Im gleichen Atemzug vermelden die Krankenkassen, dass es in Sachsen die meisten Krankmeldungen gibt, kein Wunder bei den Arbeitsbelastungen. Wann gibt es endlich eine Gleichbehandlung zwischen Ost und West? Warum müssen, sollen Beschäftigte im Osten immer noch länger arbeiten und auch noch weniger verdienen wie Beschäftigte im Westen? Eine dynamische Anpassung der Diäten gehört abgeschafft und sollte sich nach der erbrachten Leistung eines jeden Abgeordneten richten. *Sandro Langer, Werdau*



Beim diesjährigen Ostermarsch in Rostock war die Botschaft unmissverständlich.

FOTO: BERND WÜSTNECK/DPA

der Nato beigetreten? Ganz nahe an Russland sind doch Finnland, Schweden, Moldau und auch Österreich, die doch die größten Befürchtungen vor Russland haben müssten? Zypern, Malta und auch Irland sind keine Nato-Länder und glauben demzufolge also der Nato und ihrem Generalsekretär nicht und meinen offensichtlich, dass vom Putin-Russland für sie keine Gefahr ausgeht. Sie sparen sich natürlich auch die von der Nato verlangten mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Rüstung. Wir als Deutsche sollten uns diese Kosten, wenn schon nicht ganz einsparen, so jedoch stark reduzieren. *Karlheinz Leonhardt, Freiberg*

Verhandlungen auf Augenhöhe

Der Jahresbericht des Friedensforschungsinstitut Sipri macht zum wiederholten Mal den zügellosen Rüstungswahnsinn deutlich und benennt die Haupttreiber dieser Spirale. Die den Scheitelpunkt ihrer Führungsrolle überschritten habende

Supermacht USA steht zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaftsansprüche mit 649 Milliarden US-Dollar einsam an der Spitze. Es folgt China mit 250 Milliarden US-Dollar. Mit 56 Milliarden Dollar beträgt der Militärausgaben Russlands weniger als zehn Prozent des US-amerikanischen. Der Verteidigungshaushalt der Bundesrepublik betrug 2018 49,5 Milliarden US-Dollar, was 1,2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes entspricht. Der Westen und besonders die USA, die ihr Einflussgebiet entgegen früheren Absprachen bis an die Grenzen Russlands erweitert haben, wollen aber der Bevölkerung weismachen, dass die Hauptgefahr von Russland ausgeht. Mit Sanktionen, die besonders Ostdeutschland schaden, versuchen sie Russland in die Knie zu zwingen. Gleichzeitig wollen aggressive Kreise in den USA und Westeuropa die westeuropäischen Nato-Staaten und insbesondere Deutschland darauf einschwören, ihren Militärausgaben auf 2,1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu

erhöhen. Für den Frieden auf der Welt und die Beseitigung von Flucht und Vertreibung wäre die Erhöhung einer gezielten Entwicklungshilfe notwendiger und menschlicher. Natürlich brauchen Europa und insbesondere die EU einsatzfähige und effektive Streitkräfte, zumal es keine Zuverlässigkeit der ihre eigenen Interessen immer rigoroser durchsetzenden USA gibt. Europa braucht gegenüber den USA und der mit allen Mitteln aufstrebenden neuen Weltmacht China sowie auch Russland ein eigenständiges militärisches Potenzial. Das setzt aber gleichzeitig multilaterale Verhandlungen auf Augenhöhe mit dem Ziel eines Interessenausgleiches voraus und nicht permanente einseitige Schuldzuweisungen und Halbheiten. Darüber hinaus könnte offensichtlich eine von nationalen Eifersüchteleien befreite abgestimmte Entwicklung einheitlicher Waffensysteme in Westeuropa viel Geld sparen. *Bernd Schlegel, Chemnitz*

Sozialismus – allein das Wort

Die Debatte, die Juso-Chef Kevin Kühnert mit seinen Sozialismus-Thesen provoziert hat, geht mit diesen Lesermeinungen in die nächste Runde.

Darüber mal nachdenken

Da hat ein SPD-Rebell gewagt, brennende Probleme anzusprechen, neue Gedanken formuliert und den Sozialismus erwähnt; das geht gar nicht in der Demokratie. Ausgerechnet die Form von Regierung, mit der vor 30 Jahren die DDR gescheitert ist und die bis heute den meisten schon beim Aussprechen erkennbar die Zunge zu brechen droht. Großer Aufschrei und wie gewohnt Verachtung und missbilligende Worte. Politik ist aber nur das eine, deshalb sollte man allein den Menschen die Beurteilung dieser Regierungsform überlassen, die darunter litten oder sich mit ihr arrangierten und 40 Jahre fleißig ihrer Arbeit nachgingen. Aber man hat in 30 Jahren nichts dazugelernt. Es tut weh, immer noch Bewertungen zu erfahren über eine Zeit, deren Geschichte hauptsächlich von Ost-West-Politik geprägt war und 1989 im guten Glauben vieler überwunden zu sein schien. Deshalb sind Äußerungen eines bayrischen Politikers besonders brisant, wenn er meinte: „Zum Glück haben wir den Sozialismus überwunden, bei dem zwar alle gleich, aber alle gleich arm waren.“ Nun frage ich



Dieser Demonstrant (für bezahlbaren Mietraum) stimmt Kevin Kühnert zu.

FOTO: MARKUS SCHOLZ/DPA

mich, welche Armut er wohl meint? Da gibt es nämlich große Unterschiede in der Gegenwart und im eigenen Land. Dazu die steigende Armut aller Bevölkerungsschichten im Gegensatz zu einem rasant anwachsenden Reichtum weniger. Es sollte auch nicht unbedingt die materielle Armut ausschlaggebend für Unzufriedenheit sein. Schlimmer und viel mehr gibt mir die geistige Armut Anlass zur Sorge. Darüber sollte man einmal nachdenken. *Regina Fritsch, Bad Brambach*

Ursache für die Probleme

Anhand der Reaktionen kann man feststellen, dass sich die Ostdeutschen noch einen kritischen und aufgeschlossenen Geist bewahrt haben und sich entsprechend artikulieren.

Für das Gros der Westdeutschen und besonders für das Establishment hat Kühnert mit seinen Bemerkungen zum Sozialismus die Büchse der Pandora geöffnet; alles, nur nicht Sozialismus. Man darf sich zwar Jungsozialisten nennen, aber nicht den Begriff Sozialismus aussprechen oder gar als Problemlösung anführen. Aber Kühnert hat recht. Die durch die Politik von Restriktionen weitestgehend befreite und nur noch nach ihren ureigensten Regeln Profit und Maximalrendite agierende Marktwirtschaft, man kann auch Kapitalismus sagen, kann und wird nicht die Probleme der Gegenwart oder der Zukunft lösen. Im Gegenteil, sie ist Ursache dieser. Dazu muss man nicht mal Marx lesen, denn die Entwicklung, insbesondere durch die wachsende Spaltung der Gesellschaft und die steigende Zahl der Kriege gekennzeichnet, macht dies mehr als deutlich. Und alle, die in diesem Kontext von Kuba, Venezuela und DDR reden, haben sich disqualifiziert. Denn sie beweisen nur, dass sie weder gewillt noch in der Lage sind, sich ernsthaft und inhaltlich mit den Problemen auseinanderzusetzen. Eine Gesellschaftsform, in der Wohnen, Pflege und Gesundheit auf Rendite ausgelegte Geschäftsmodelle sind, sollte man hinterfragen dürfen. Wobei das mit dem Geschäftsmodell, den Renditen und den Folgen auch für die Waffenindustrie gilt. Nur dass die Renditen hier wohl höher und die Folgen noch verheerender sind. (...) *Dietmar Sobotta, Chemnitz*

KURZ UND KNAPP

Zum Bericht „Deutschland testet die E-Autobahn“:

Ich frage mich, an welchem Bierisch diese absurde Idee ausgekocht worden ist. Anscheinend ist diesen Strategen nicht bekannt, dass es bereits ein Transportunternehmen mit Fahrleitung gibt – die Eisenbahn. Das Geld, das hier zum Fenster rausgeworfen wird, sollte man lieber für den Ausbau der Eisenbahn verwenden. Ich erinnere daran, dass es bereits vor Jahren eine adäquate Lösung gab: die rollende Landstraße zwischen Regensburg und Hamburg sowie zwischen Dresden und Tschechien. Hier wurden die Lkw auf die Schiene verladen, die Fahrer konnten die Fahrt ausgeruht im Schlafwagen verbringen. Diese gute Lösung wurde bald wieder aus unerfindlichen Gründen eingestampft. *Werner Lippmann, Chemnitz*

Zum Artikel „Gericht: Sachsens Schulen dürfen an Kopfnoten festhalten“:

Wie dumm muss ein Schüler sein, der mit teuren Gerichtsverfahren gegen seine Kopfnoten kämpft? Glaubst du, dass er ohne größere Aussichten hätte, eine Lehrstelle zu bekommen? Jeder Arbeitgeber könnte sich seinen Teil denken, wenn die Noten auf dem Zeugnis fehlen. Zensuren zum allgemeinen Verhalten, deren Güte in den Händen der Schüler liegt, verstoßen nicht gegen die freie Berufswahl. Aber sie haben große Bedeutung, wenn die Eignung für einen Beruf beurteilt werden soll. *Peter Blaudeck, Chemnitz*

Zum Artikel „US-Sanktionen: Iran sieht Atomabkommen vor dem Aus“:

Ich frage mich, was dieser Mann bezweckt – will er den Iran wie ein in die Enge getriebenes Raubtier zu einem unüberlegten Schritt (Krieg) drängen, um dann die Nato-Partner in einen solchen mit hineinziehen? Wer kann es einem Land verdenken, dem jegliches Recht zum Existieren durch alle möglichen Sanktionen genommen wird. Will Trump die Nato-Partner zwingen, noch mehr Geld für Rüstung auszugeben? Für das Gesundheitswesen und die Bildung ist nie genug Geld da. Ich will nur hoffen, dass es genug Politiker sowie deren Wähler gibt, die die große Gefahr erkennen, die dieser Mann für den Weltfrieden darstellt, und dagegen auf die Straße gehen. *Bernd Werner, Chemnitz*

Zum Bericht „Sachsen will Neonazi-Aufmärsche künftig erschweren“:

Das Recht auf Meinungsfreiheit und das Demonstrationsrecht gehören zu den elementarsten Grundwerten unserer Verfassung. Darum: Wehret den Anfängen, diese zu beschneiden. Es ist nicht verboten, einheitliche Bekleidung zu tragen oder sich, wie auf den Plakaten zu lesen, gegen die praktizierte Asylpolitik zu wenden. Die Versammlungsbehörden müssen nach Recht und Gesetz prüfen und sind keine Geschmackspolizei, auch nicht auf Veranlassung von religiösen Interessengemeinschaften. Der Vorstoß des Innenministers ist blanke Populismus und demokratiefeindlich. *Andreas Vogt, Großröhrsdorf*

Zum Bericht über die Einführung des Mopedführerscheins mit 15 Jahren:

Es hat mit Ostalgie nichts zu tun, aber was für Diskussionen sorgt, kann kein normaler Mensch nachvollziehen: Was sich in 40 Jahren DDR bewährt hat, muss man doch nicht einem mehrjährigen Modellversuch unterziehen. Haben die Verkehrsminister nichts Wichtigeres zu tun? Sie sollten sich lieber darum kümmern, die zunehmende Rücksichtslosigkeit und das Rowdytum auf unseren Straßen zu bekämpfen, die Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen zu begrenzen und damit einen echten Beitrag zu leisten, die Umwelt zu schützen und die Zahl der Verkehrstoten zu senken. *Horst Blechschmidt, Altensalz*